

Bürgerämter

Doppeltes Anstellen in Reinickendorf

2

Schulzendorfer Straße

3000 Bürger gegen den Ausbau

3

Hartz IV muss weg!

Montagsdemo: Gegen Armut per Gesetz

Wir erinnern uns: Am 16.08.02 wurde unter großer medialer Inszenierung ein 343seitiges Papier vorgestellt. Neben vielen sozialen Einschnitten wurde auch die Botschaft vermittelt, durch das 4. zu modernen Reformen und Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) entstünden zwei Millionen neue Arbeitsplätze. Es wurde eine Halbierung der Arbeitslosigkeit avisiert.

Am 1. Januar tritt nun das „Reform“gesetz in Kraft. Langzeitarbeitslose und ihre Familien werden zukünftig zu Hilfsbedürftigen. Unabhängig vom bisherigen Einkommen und Ihren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung müssen die Betroffenen dann vom Regelsatz des ALG II leben, also von 345 Euro monatlich. Zuzüglich zum Regelsatz wird es noch Leistungen für Unterkunft und Heizung geben. Diese Leistungen richten sich nicht nach dem bisherigen Lebensstil, sondern nach pauschalen Richtwerten.

Bei Überschreiten der Richtwerte ermöglicht es das Gesetz, die Leistungsempfangenden zum Wohnungswechsel zu zwingen. Hilfen in

besonderen Lebenslagen können nicht mehr beantragt werden. Jeglicher Bedarf an Sachleistungen wie Herd, Waschmaschine etc. soll durch Pauschalen abgedeckt sein. Darüber hinaus sind die ALG II-Bezieher zynischer Weise angewiesen, monatlich 50.- Euro für sogenannte Sonderausgaben zurückzulegen. Die „Bedürftigkeit“ der/des Einzelnen wird noch schärfer geprüft. Die ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfänger müssen nun neben allen anfallenden Einkünften auch ihre familiären Vermögensverhältnisse offen legen.

Jede zumutbare Arbeit (was ist das eigentlich?) muss angenommen werden, ansonsten droht eine Kürzung um 30 Prozent. Innerhalb von drei Monaten kann um weitere 30 Prozent gekürzt werden. Dies gilt auch für die Wohnkosten und bei Melde- oder Terminversäumnissen.

Das ist also modern - Menschen in immer größere Armut zu stürzen. Und das soziale Gewissen, das eigentlich jede/r Politiker/in haben sollte - ist dann eben unmodern...

Klaus Rathmann,
Vorsitzender der PDS Reinickendorf



„Politischer Unfall“

„Die Agenda 2010 ist ein politischer Unfall, ein Fehler.“ Das sagte eines der ältesten SPD-Mitglieder aus Reinickendorf, Karl Richter, bei der Feier zu seinem 100sten Geburtstag. Man dürfe ein politisches Gesetz „nicht wie die heilige Schrift behandeln“, wenn sich als eine seiner Folgen viele soziale Härten ergeben. Karl Richter war aktiv im Widerstand gegen die Nazis und erwarb sich Verdienste beim Aufbau der IG Druck und Papier.

Irrtum,
Frau Burk

In der August-Sitzung der Reinickendorfer BVV behauptete Frau Burk (SPD), im Bundestag hätten alle Parteien Hartz IV befürwortet. Wir legen Wert auf die Feststellung, dass die PDS-Bundestagsabgeordneten von Anfang an gegen die „Agenda 2010“ und damit auch gegen alle ihre Hartz-Teile Stellung bezogen haben.

Arbeitspflicht

Allzuville will die CDU ja nicht mit Hartz IV zu tun ham; man macht sich da nur unnötlich Ärger. Also hält man „kritische Distanz“, vor allem wejen die unjeschickte Machart. Ein bisken beistehn musse die SPD aber doch; nicht, det die etwa gleich wieda umkippt. So unjefähr steht et im Beitrach von unserm Stadtrat Frank Balzer(CDU) inne Bezirksamt-Seite vonne BerlinerWoche. Insjesamt

findet er den vierten Hartzter Keese doch schön, weil nehmlisch die Leute jetzt jede Arbeet annehmnen müssen, ooch total unterbezahlt, sonst kriejen se jarnüscht. Die Polen, die hier herkomm, machen det ja ooch. Na schön, die lehm ja zu hause ooch in een ganz anderet Preisjefüge.

Weshalb icked zur Montagsdemo jeh, kann der Mann natürlich nicht vastehn. Det die eenen imma wenija kriejen, seh ick ja noch in, aba det dabei die anndern immer mehr kriejen, find ick nu wieda nicht

richtich. Det reichste Viertel Haushalte hat inne letzten zehn Jahre 25 Prozente an Geldvermögen zugelegt, det ärmste Viertel die Hälfte abgebaut. Stand kürzlich inne „Zeit“. Det wird ja nu beschleunicht weitajehn.

Könnte sein, det is System?

Naja, denn könn diejenigen beruhicht sinn, die da sagen, montags darf man nur demonstriern, wenn man was im System ändern will.

Reineke

2 Wie bürgerfreundlich sind unsere Bürgerämter?

Bürger wenden sich mit konkreten Anliegen ans Bürgeramt und erwarten deren schnelle, für sie wenig aufwändige Erledigung durch qualifizierte, freundliche Mitarbeiter. In unserem Bezirk sind 5 Bürgerämter tätig (4 mit Meldestelle). Eine im Juni vorgelegte Studie der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus stellte fest: In Reinickendorfs Bürgerämtern liegt vieles im Argen. Auch eine von der CDU veröffentlichte Untersuchung der Fachhochschule sieht - neben einer Würdigung der Arbeit der Bürgerbüromitarbeiter- beträchtliche organisatorische Reserven in unserem Bezirk.

Renate Herranen fragte in der 30. Sitzung der BVV in einer Großen Anfrage (GA) nach den Gründen für offensichtliche Mängel. Bezirksstadtrat Balzer (CDU) diffamierte die PDS-Studie als „unwissenschaftlich“ und wies, assistiert von seiner Fraktion, jegliche Kritik an der Arbeit der Bürgerbüros zurück. Auf Wunsch der FDP wird die GA demnächst im Verwaltungsausschuss weiter erörtert. Die Mitglieder des Ausschusses wollen sich dazu vor Ort ein eigenes Bild machen. *K.G.*

WiR dokumentiert:

Wortlaut der Großen Anfrage von Renate Herranen (Drs. 0917/XVII):

1. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass im Jahre 2002 als Ergebnis eines langen Diskurses zwischen allen Bezirken, der Senatsverwaltung für

Inneres und dem Projekt Bürgerdienste (ProBüd) gemeinsam erarbeitete Standards für Bürgerämter verabschiedet und deren Umsetzung bis Ende 2003 verabredet wurden?

2. Warum werden diese Standards in Reinickendorf offenbar unzureichend beachtet?

3. Was unterscheidet Reinickendorf von anderen Bezirken, die erfolgreich an der Umsetzung der gemeinsam vereinbarten Standards arbeiten?

4. Warum erfolgt in den Bürgerämtern in Reinickendorf nach wie vor eine strikte Trennung von Bürgeramts- und Meldestellenaufgaben, so dass Bürgerinnen und Bürger für die Bearbeitung ihrer Anliegen doppelte Wartezeiten in Anspruch nehmen müssen, obwohl das Prinzip der Allzuständigkeit schon 2002 erörtert wurde und bereits in sieben Bezirken realisiert wird?

5. Warum werden in den Bürgerämtern in Reinickendorf nur die Hälfte der im Mindestaufgabenkatalog für den Bereich Bürgerämter vereinbarten Leistungen angeboten, wenn andererseits zehn Bezirke in der Lage sind, mehr als die Hälfte dieser Leistungen anzubieten?

6. Warum gibt es in den Bürgerämtern in Reinickendorf keinen Informationstresen, obwohl sich spätestens mit dem Bericht des Landesrechnungshofes 2002 herausgestellt hatte, dass Informationstresen vor allem die Wartezeiten senken, die Bürgerfreundlichkeit erhöhen und die Beschäftigten in den Bürgerämtern entlasten?

7. Ist dem Bezirksamt bekannt, dass die besten Bürgerämter im Osten in der Zuständigkeit von CDU-Stadträten liegen und demzufolge eine parteipolitische Intendiertheit der Studie ausgeschlossen ist?

8. Was gedenkt das Bezirksamt zu unternehmen, um die Bürgerämter entsprechend den landesweiten Standards auszubauen?

29. Sitzung, 9.6.2004

Mit viermonatiger Verzögerung beantwortete das Bezirksamt (BA) eine Große Anfrage (GA) der Einzelverordneten Renate Herranen zu den Auswirkungen von Hartz III und Hartz IV für die soziokulturellen Projekte im Bezirk. Unter Hinweis auf ausführliche Informationen im Sozialausschuss gab Bezirksstadtrat Balzer (CDU) nur einen kurzen Überblick über die mit Hartz IV entstehenden Probleme, die dem Bezirk keine Gestaltungsmöglichkeiten offenlassen. Was passiert mit den Menschen im Bezirk, wenn Hartz IV gilt? fragte Renate Herranen. Dennoch hielten - untereinander abgesprochen - alle BVV-Fraktionen eine öffentliche Debatte dazu für nicht erforderlich. Der zuständige Ausschuss will aber im Oktober auf das Thema zurückkommen.

Nach ausführlicher Diskussion zum Verkehrsprojekt Schulendorfer Straße beschloss die BVV einstimmig, das Bezirksamt zu ersuchen, „die Sanierung der Schulendorfer Straße in Heiligensee nur im engen Dialog mit den Heiligenseer Bürgerinnen und Bürgern zu realisieren“ (s. S. 3)

In Mündlichen Anfragen hatte Renate Herranen die Position des BA zum beabsichtigten Verkauf der GSW sowie zur Achtung des Parteiengesetzes im Bezirk (s. S.4) erfragt.

30. Sitzung, 18.8.2004

Die BVV behandelte GAen zur Verlagerung der Horte an die Schulen (CDU/FDP), zur Einrichtung eines Bauberatungszentrums im Bezirk (CDU), zu den Ergebnissen des Interessenbekundungsverfahrens bzgl. der Umgestaltung der Greenwichpromenade (SPD), zum Ausbau der Schulendorfer Straße (FDP)- s. S. 3-, zu den Bürgerämtern (Renate Herranen) und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Bezirk (SPD). Eine GA der SPD zur Umsetzung des „Gender Mainstreaming“ in Reinickendorf wurde erneut zurückgezogen, obwohl das Bezirksamt schon im Oktober 2003 dazu berichten sollte.

In einem Dringlichkeitsantrag sprachen sich alle Fraktionen und die Einzelverordnete dafür aus, das Bezirksamt möge sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, die Kürzung der Mittel für das Projekt „FreiFrau“ zurückzunehmen. *K.G.*

Kaum zu glauben, dass Bezirksstadtrat Balzer (CDU) nicht weiß, was in seinem Ressort geschieht. Informationen träfen nicht zu, dass im Bezirksamt kürzlich 13 Mitarbeiter/innen von der Bearbeitung der Wohngeldanträge abgezogen wurden, antwortete der Stadtrat auf eine mündliche Anfrage von Renate Herranen in der BVV. Im Sozialausschuss hatte er kürzlich versichert, Wohngeldanträge würden innerhalb von zwei Monaten bearbeitet. Betroffene haben leider andere Erfahrungen.

Wer braucht den Ausbau der Schulzendorfer Straße?

Über 3 000 Heiligenseer unterschrieben: Wir nicht!

Der Stadtentwicklungsplan Verkehr des Landes Berlin klassifiziert die Schulzendorfer Straße als Straße der Stufe III (örtliche Straßenverbindung). Sie soll ausgebaut werden. Heiligenseer Bürger befürchten, dass sie damit in eine Zubringer- und Umleitungsstraße der A 111 verwandelt wird mit negativen Folgen für die Lebensqualität und Sicherheit der Bürger, vor allem der Schulkinder. Hinzu kommt, dass die Anwohner 90 Prozent der Kosten als Straßenerschließungsgebühren tragen sollen. Die vom Bezirk vorgestellte Ausbauplanung wird zur „kostengünstigsten Alternative im Hinblick auf die Einstufung und Funktion dieser Straße“ (Stellv. Bürgermeister Senftleben) erklärt. Die BVV hatte im Rahmen der Investitions- und Haushaltsplanung der Baumaßnahme zugestimmt.

Eine Bürgerinitiative (BI) koordiniert den Protest der Anlieger. Vertreter der BI wandten sich mit Schreiben an die Bezirksverordneten, ihre Entscheidung zu überprüfen. Über 3 000 Bürger/innen unterstützen sie mit ihrer Unterschrift. Ein Antrag der Fraktion B90/Grüne an die BVV trägt dem Rechnung. Zur Bürgersprechstunde der BVV stellten Bürger aus Heiligensee eine Reihe Fragen. Sie wurden nicht

beantwortet - weil sie nicht an die BVV, sondern irrtümlich an das Bezirksamt gerichtet waren.

Renate Herranen, Einzelverordnete, hat in einem Brief an den Sprecher der Bürgerinitiative, Volker Gerhard, betont, wie die PDS im Bezirk teile sie die Auffassung, dass der Ausbau der Schulzendorfer Straße nicht gegen die Interessen der Anwohner und der Heiligenseer insgesamt erfolgen dürfe. *K.G.*

Fragen, die nicht zugelassen wurden

Wurden im Rahmen der Grundlagenermittlung für die Planung der Maßnahme eine detaillierte Schadenskartierung des Fahrbahnbelages (Ober- und Unterbau) in der Schulzendorfer Straße erstellt (Erstellung von Lageplänen mit entsprechenden Nivellements, Foto-, Plan- und Textdokumentation etc.) und die Ergebnisse der Schadensfeststellung in gutachterlicher Form analysiert und unter Berücksichtigung der Straßenfunktion technisch bewertet? Wurde aus den Ergebnissen der Grundlagenermittlung ein Maßnahmenkatalog für die Planung der Baumaßnahme unter Berücksichtigung verschiedener Planungsvarianten entwickelt?

Dipl. Ing. Martin Herding

Hat das Bezirksamt Prognosen darüber erstellt, in welchem Umfang durch den Ausbau der Schulzendorfer Straße mit einer Zunahme des allgemeinen Verkehrs und insbesondere des Schwerlastverkehrs auf der Schulzendorfer Straße durch die enge Anbindung an die A111 zu rechnen ist?

Gabriele Rendtel- Wassmann

Durch welche Maßnahmen stellt das Bezirksamt sicher, dass der derzeit für die Schulkinder der Heiligenseeschule und der Erpelgrundschule außerordentlich ver-

kehrssichere Schulweg über die Schulzendorfer Straße auch nach Realisierung der Ausbaupläne für die Schulzendorfer Straße zu keiner zusätzlichen Gefährdung der Schulkinder beiträgt?

E. und Chr. Busse

Welche Unterhaltungsmaßnahmen hat das Bezirksamt Reinickendorf zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang an der Schulzendorfer Straße seit dem Schreiben von Bezirksstadtrat Gardain vom 4. Februar 1985 an die Anwohner durchgeführt, in dem er klarstellte, dass die Schulzendorfer Straße nicht ausgebaut würde?

Andreas Wassmann

Hat das Bezirksamt die Kosten für die Instandsetzung der Schulzendorfer Straße mit bestehendem Kopfsteinpflaster (ohne Austausch des bestehenden Pflasters) ermittelt und wie hoch wären diese Kosten voraussichtlich?

Werner Böhme

Warum hat das Bezirksamt Reinickendorf im Rahmen der jetzt neu ausgestellten Planungen zum Ausbau der Schulzendorfer Straße in Heiligensee trotz mehrfacher öffentlicher Ankündigung des Baustadtrats Dr. Michael Wegner keinen begleitenden Radwegebau vorgesehen...

Volker Gerhard

Die BVV im August:

Bürgerprotest vor der BVV: Kein Ausbau der Schulzendorfer Straße!

Bürgersprechstunde: Fragen der Anwohner aus formalen Gründen nicht zugelassen

CDU rügt angebliche „Totalverweigerung“ und Diffamierung durch Bürgerinitiative



Übrigens formulierte die CDU Heiligensee in ihrem Kommunalpolitischen Programm im Jahr 2000 folgendes Ziel: „8. die Schulzendorfer Straße soll wie bisher erhalten bleiben. Ein durchgehender Radweg ist anzulegen.“

„Bürgernähe und Bürgerbeteiligung“ kommen bei der CDU-Reinickendorf offenbar nur in Wahlprogrammen vor. Ist das die glaubwürdige Kommunalpolitik der CDU? fragt die Bürgerinitiative Schulzendorfer Straße in einem Flugblatt.

Anträge von B90/Grüne und FDP in Ausschuss überwiesen

Das nachstehende Ersuchen der Fraktion B90/Grüne wurde mit einem ähnlichen der FDP von der BVV an den Verkehrsausschuss überwiesen: „Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die vorliegende Planung zum Ausbau der Schulzendorfer Straße in Form eines weitgehenden Neubaus auszusetzen und eine Neuplanung mit Alternativen auf der Grundlage eines aktualisierten, mit den Bürgern in Heiligensee abgestimmten Verkehrskonzeptes zu entwickeln.“ (Auszug)



Die Schulzendorfer Straße
Foto:
J. Schimrock

Bürgerinitiative
„Interessengemeinschaft
Schulzendorfer
Straße“,

13503 Berlin-
Heiligensee

Ansprechpartner:

Volker Gerhard,
Schulzendorfer
Str.7

Tel.: 43 66 51 97

e-mail: info@ig-
schulzendorferstrasse.de

Die Linke rockte auf der Insel

Von einer Tradition kann man/frau sicherlich noch nicht sprechen, aber bemerkenswert ist es allemal: Schon zum vierten Mal fand am 7. August auf der Insel im Tegeler Hafen ein Rockkonzert statt. Veranstalter waren die PDS Reinickendorf, die Antifaschistische Initiative Reinickendorf und die „Villa Kunterbunt“.

Fast zeitgleich mit dem kommerziellen Tegeler Sommerfest wurde von mehreren Hobbybands ein musikalisch vielfältiges, kostenloses Programm geboten.



Foto:
Marion Lubina

Vor ca. 800 zumeist jugendlichen Zuhörern präsentierten sich „Marycones“, „Sempa“, „Stahlkappen-verbot“, „SchniPoSa“ u. a.

Mit Flyern hatten die Veranstalter im Vorfeld für das Rock-Fest geworben, sich gegen einen Verkauf und für den frei zugänglichen Erhalt der Tegeler Insel und der Wiese

insbesondere für die Reinickendorfer Jugendlichen ausgesprochen.: „Wir wollen mit diesem Konzert unseren Unmut und Protest gegen die Jugendpolitik in diesem Bezirk ausdrücken: Es geht schon lange nicht mehr nur um die Wiese, sondern diese steht symbolisch für freie, selbstbestimmte Plätze und Freiräume.“

Wer die angenehme Atmosphäre beim Konzert gespürt hat, weiß, was gemeint ist. Eine grüne Oase in Tegel, geeignet für mannigfaltige kulturelle Angebote, die an dieser Stelle ruhig „umsonst und draußen“ sein können. Angesichts der Schließung immer mehr kultureller- und Jugendangebote auch in unserem Bezirk eine Forderung, die nicht nur berechtigt, sondern notwendig erhoben wird.

Was engagierte Jugendliche mit ein wenig Unterstützung auf die Beine stellen können, war beim 4. Insel-Rock laut und deutlich zu hören und zu sehen. „Wir werden auch im nächsten Jahr weiter machen,“ erklärt Lea von der Vorbereitungsgruppe, „auch wenn es der Bezirksbürgermeisterin nicht so recht passt. Die Wiese bleibt unsere!“

Die PDS Reinickendorf wird sowohl das Anliegen als auch die Veranstaltung weiter unterstützen. Einen Verkauf, der eine großflächige Bebauung nach sich zieht, lehnen wir auch weiterhin ab. *J. Schimrock*

Am Rande

Kann denn Werbung Sünde sein?

Mit ihrer mündlichen Anfrage stieß die Einzelverordnete Renate Herranen in der Juni-Sitzung der BVV vielleicht, aber sicher nicht unfreiwillig, in ein Wespennest. Das Bezirksamt sollte Sie in Ihrer „Überzeugung bestärken, dass Parteien auch in Reinickendorf entsprechend dem Parteiengesetz dazu da sind, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger zu leisten, aber selbst keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben dürfen“.

Dies tat Stadtrat Senftleben (SPD) auch in seiner Antwort. Doch worauf zielte die Anfrage?

Eine gute Idee, in welche Richtung es gehen könnte, haben Reinickendorfer Bürger/innen, wenn sie in den Kiezblättchen der Reinickendorfer CDU „Unser Frohnau“ und „Unser Tegel“ auf mehreren Seiten kommerzielle Werbeanzeigen entdecken. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Aber nachfragen wird man/frau dürfen, ob die Werbeeinnahmen bei der CDU auch korrekt als Spenden verbucht worden sind.

„Die Zeitung finanziert sich ausschließlich aus Anzeigen“, heißt es auf der website der Frohnauer CDU.

Der Gesetzgeber stellt aus gutem Grund hohe buchhalterische Anforderungen an die Parteienfinanzierung – aber ob eine kommerzielle Werbeanzeige in einer Parteipublikation dem entspricht....?

Einer Vermischung von wirtschafts- und parteipolitischen Interessen soll das Parteiengesetz entgegenwirken – nicht immer erfolgreich, wie wir alle wissen. Ob die Reinickendorfer CDU dem Gesetz Genüge tut? Vielleicht werden wir es erfahren?! *Horst Jusch*

Fördermitglieder gesucht!

Unser Verein für Soziale Arbeit in Berlin und Brandenburg (vfsa-bb) braucht weitere Fördermitglieder. Gesucht werden UnterstützerInnen für die Flüchtlingsberatung. Die hat jetzt Aufnahme im PDS-Büro in der Prinz-Eugen-Straße gefunden. Dort, in einem sozialen Brennpunktgebiet mit hohem MigrantInnenanteil, werden Zulauf und Beratungsbedarf eher noch größer. Während andere Beratungsstellen schließen oder ihr Beratungsangebot einschränken, wollen wir durchhalten. Dazu brauchen wir auch Eure Hilfe! Schon ab 5,00 Euro monatlich könnt Ihr Fördermitglied werden. Meldet Euch bei Michael Kargus, Postfach 1125, 12474 Berlin oder bei Karin Hopfmann (MdA), Vorsitzende des vfsa-bb e.V., Funktelefon: 0177/685 12 81

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht:
PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Termine

Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg
am 12.9., 13.00 bis 18.00 Uhr, Marx-Engels-Forum am Roten Rathaus

„Linke und Globalisierung“, Tegeler Dialog im Roten Laden mit Prof. Klaus Steinitz am 23.9., 17.00 Uhr

„Die PDS und die Zukunft“ mit Hans Modrow am 23.9., 19.00 Uhr bei „Helle Panke e.V.“, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin